

Wirtschaft

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteleuropa

Verkauf an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühren des Blattes betragen in Halle und Leipzig 1500,00 Mark, durch die Post bei jeder Zustellung monatlich 1500,00, in den übrigen Gebieten 1600,00 monatlich. Die abbestellenden Abonnenten erhalten ein Exemplar des Blattes gratis. Die abbestellenden Abonnenten erhalten ein Exemplar des Blattes gratis. Die abbestellenden Abonnenten erhalten ein Exemplar des Blattes gratis.

Des Kanzlers Antwort an Poincaré.

Kabinettsrat über Frankreichs Einbruch — Verheerungskatastrophe im Ruhrgebiet — Wilde Hege in Paris — Prügelei im Wiener Kabinettsrat — Die ersten Hunderttausendmarkcheine.

Dr. Cuno über keine Ruhrreise.

Reichskanzler Dr. Cuno nahm Gelegenheit, dem Berliner Vertreter der Wirtschaftswelt seine guten Eindrücke von der Reise ins Ruhrgebiet zu schildern. Dabei erwähnte er sich besonders einer Rede zu, die der französische Ministerpräsident, Herr Poincaré, kürzlich auf einem Bankett der Association des Journalisten republicains gehalten hat. Dr. Cuno erklärte u. a.: Auf jedem Weiland des deutschen Vorkriegslebens seit 1918 haben die Vorkriegs- und Postkriegszeit die besten Eindrücke der wirtschaftlichen Seele gezeitigt. Ruhe und Wohlstand hat er für die überaus glückliche Erhebung genommen. Der Widerstand ist als spontaner Entschluß aus einer Bevölkerung emporgewachsen, die sich ihres Wohlstandes bewußt ist und sich für die Nationen nicht beugen will. Selbst Herr Poincaré muß die Wohlstand und Einheit dieses Wohlstandes anerkennen, der in der Zeit ein Wohlstand war. Es ist ihm nicht möglich, sich zu verweigern. Es ist ungreifbar und unüberwindlich, was auch die Okkupation durch Besetzung der Zölle und durch Abspaltung der Verwaltung noch so viel unternehmen, um seine Kraft zu brechen. Dr. Cuno betonte ferner: Freiheit und nationale Einheit, dies sind nichts anderes als die Ziele der deutschen Regierung. Wie aber kann es sein mit Herrn Poincarés eigenen Wünschen? Zur Sicherheit Frankreichs muß ein Wirtschaftskrieg geführt werden, das zu den besten Organen der Weltwirtschaft gehört. Das ist der Sinn der Poincaréschen Wirtschaftspolitik, dieser Wirtschaftspolitik, die von allen Wirtschaftsorganen abgelehnt wird. Die Rede des französischen Kanzlers habe bezaubert wollen. Dabei hat die bisherige deutsche Gesamtpolitik aus dem Friedensvertrag in Paris, Abschließung und Verleugern der abgetretenen Gebiete ohne Rücksicht auf die Milliarden Goldmark betragen: noch im Jahre 1922 sind an die Alliierten trotz des furchtbaren Niederganges der deutschen Wirtschaft Werte im Betrage von 1,5 Milliarden Goldmark abgeführt worden. Die Alliierten legen den Leuten gegen Herrn Poincaré. Der Kanzler könne seine Darlegungen: Das Ruhrgebiet will Poincaré behalten, die von unmöglichen Summen der letzten Wintern bezahlt ist. Nicht Verträge, sondern Gewalt herrscht will er, Gewalt herrscht ohne zeitliche Grenzen. Der Gewalt legt Deutschland kein Recht und den Willen zum Leben entgegen.

Entkräftung in Paris.

Cunos Substitut für Poincaré.

Paris, 7. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) In nationalpolitischen Kreisen wird stark kritisiert, daß die Regierung die Reise des Reichskanzlers und des Reichsfinanzministers in das Ruhrgebiet nicht verhindert hat. Poincaré soll seinen nach Frankreich zurückgekehrten Vertrauten, wie es zu erklären ist, daß die Reise erlaubt wurde. Poincaré antwortete, die Besatzungsbehörden laien von der Reise der deutschen Minister nicht unterrichtet worden. Poincaré erklärte, daß die Reise nicht zu verhindern möglich gewesen, den Aufenthalt von Cuno und Derrmes im Ruhrgebiet zu verhindern. Trotzdem greifen die Nationalisten die Regierung wegen der Reise der deutschen Minister an. Derrmes erklärte, daß die Reise nicht zu verhindern möglich gewesen, den Aufenthalt von Cuno und Derrmes im Ruhrgebiet zu verhindern. Poincaré erklärte, daß die Reise nicht zu verhindern möglich gewesen, den Aufenthalt von Cuno und Derrmes im Ruhrgebiet zu verhindern. Poincaré erklärte, daß die Reise nicht zu verhindern möglich gewesen, den Aufenthalt von Cuno und Derrmes im Ruhrgebiet zu verhindern.

Kabinettsrat in Berlin.

Berlin, 7. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Selbstmitleid wird genehmigt: Der Reichskanzler hat in der gestrigen Kabinettsratung Beschlüsse über seine Reise in das verheerete Gebiet genehmigt. Als das Ergebnis seiner Besprechungen mit den Vertretern aller Bevölkerungsklassen teilte Dr. Cuno den seinen Willen zum Beharren im Widerstand mit. Er wird unter der Bedingung des festhalten des inneren Friedens, die in dem Kampfe lebende Bevölkerung mit allen wirtschaftlichen Mitteln zu unterstützen, insbesondere der Ernährungswirtschaft. Die Beschlüsse des Kabinettsratung, von lautensten Fragen abgesehen, den neuen französischen Gewalttat gegen Offenbarung und Apparat.

Die Haltung der Sozialdemokratie.

Berlin, 7. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Der Parteivorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei nahm in seiner gestrigen Sitzung folgende Entschlüsse einstimmig an: „Der Parteivorstand wiederholt, daß die gegenwärtige gefährliche Situation ein geschlossenes Zusammengehen der gesamten Arbeiterbewegung erfordert, daß es ihre Aufgabe ist, alles zu tun, um die Abwehr des gegenwärtigen französischen Einmarsches in irrtümliches Gebiet durch zweckdienliche Maßnahmen zu unterstützen, und alles zu unterlassen, was geeignet ist, diese Abwehr zu stören und die Klänge des französischen Imperialismus zum Erfolg zu führen. Zugleich erinnert er an die Notwendigkeit, klar den Trennungspunkt gegen die nationalpolitische Verbindung zu ziehen und den Kampf gegen die politische Reaktion nachdrücklich fortzuführen. Der Parteivorstand wiederholt mit Entschiedenheit, daß von der französischen Regierung propagandistisch aufgestellten Behauptungen, daß der Widerstand der Arbeiter, Angestellten und Beamten gegen die militärische Invasion Frankreichs auf eine Ausweitung der Reichsregierung zurückzuführen ließe, die Arbeiter,

Angestellten und Beamten führen diesen Kampf aus eigenem Antrieb zur Verteidigung ihrer Menschwürde und ihrer Freiheit gegen eine militärische Gewalt, die durch ihre sich ständig steigende Brutalität den Protest der ganzen Welt herausfordert. Der Parteivorstand fordert den sozialistischen Arbeiter des Ruhrgebietes für die zukünftige Beweise ihrer brüderlichen Gesinnung und Bitterkeit, in der Unterdrückung des kämpfenden Ruhrproletariats nicht zu erlahmen. Er ist sich in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Organisationen dessen bewußt, daß der gegenwärtige Kampf nicht aus einer Konfliktkampfs der Kapitalisten verschiedener Länder geführt werden darf, sondern daß er geführt werden muß als Kampf der Arbeiterklasse gegen den Imperialismus mit dem Ziel, eine gerechte Verständigung über die Reparationsfragen und eine enge Verbindung Europas herbeizuführen. Der Parteivorstand erinnert schließlich die Reichsregierung an ihre Verantwortung für einen zünftigen Verlauf des Kampfes, der nur allein durch eine ausreichende Versorgung der arbeitenden Bevölkerung mit dem notwendigen Lebensbedarf genügt werden muß.“

Französische Eisenbahnkatastrophe.

25 Soldaten und 2 Leben getötet. Berlin, 7. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Prügelei wird aus dem Ruhrgebiet nach ein für die Zeit der französischen Politik beschwerlicher Fall gemeldet, der sich auf dem Bahnhof Ratingen ereignet hat. Dort ist am 30. Januar infolge der französischen Unmöglichkeit ein von Franzosen geleiteter und von französischen Soldaten geleiteter Zug entgleist. Von den französischen Passagieren des Zuges sind viele mehr oder weniger schwer verletzt und getötet worden. Neben 25 Leben getöteter, französische Soldaten sind 12 der Zahl von 31. Januar zum 1. Februar auf dem Bahnhof Ratingen verstorben. Die französische Besatzungsbehörde hat aus erschütterten Gründen strenges Stillstehen über diesen Vorfall beantragt und auch der unter Berufung stehenden Presse angedeutet.

Ausdehnung der Besetzung in Baden.

Mannheim, 6. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Nach einer Meldung aus Offenburg wurde heute frühzeitig bei Offenburg besetzt. Die Franzosen legen der Bevölkerung sehr drückende Lasten auf. Die Besatzung müssen aus ihren geringen Gehältern Steuern, die zum Kauf von Lebensmitteln abgeben. Die militärische Besatzung (Garde, Kaiserjäger, Senon) sind gefesselt worden und heute Vormittag durch die Franzosen militärisch besetzt worden. Entgegen dem Willen der französischen Besatzungsbehörden, das politische Leben in der Stadt zu unterbinden, hat die Reichsbesatzungsbehörde seit einem Monat, daß die deutsche Eisenbahnverwaltung auf seinem Gebiet zu bleiben und nur dem Besatz der deutschen auswärtigen Stellen zu gehören habe.

Ein ganzer Magistrat verhaftet.

Cleve, 7. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Durch das Vergehen der Besatzungsbehörden gegen die Stadtverwaltung ist die Stadt Cleve in eine Lage geraten, wie noch keine andere deutsche Stadt. Nach dem Bürgermeister und den besetzten Polizeibehörden sowie dem ersten unbesetzten Polizeibeamten ist nunmehr auch der zweite unbesetzte Polizeibeamte verhaftet und nach Cleve fortgeführt worden, nachdem er, wie seine Vorgänger, es abgelehnt hatte, für 3 Jollkammer der Besatzung angebotene Wohnungen freizumachen. Die Stadtverordnetenversammlung hat auch gegen seinen neuen Hebergriff energig Verwahrung eingelegt und seinen Zweifel darüber geäußert, das niemand sich von den Willkür gegenüber dem Bürgerstand abdrängen lassen werde, selbst wenn das ganze Stadtverordnetenkollegium verhaftet werden sollte.

Ausweisung aus dem Privatpersonen.

Koblenz, 7. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Ingenieur Nordmann, die Privatleute Croner und Koll, beide aus Wiesbaden, sind mit sofortiger Wirkung ausgewiesen worden, weil sie das Deutschlandgebiet verlassen haben. Die Rheinlandkommission hat weiterhin ausgewiesen den Soldatier Rothold und den Jollkammer Führer vom Jollkammer Koblenz mit sofortiger Wirkung. Die Familien müssen in vier Tagen das besetzte Gebiet verlassen haben. Ausgewiesen sind ferner mit sofortiger Wirkung der Reichsminister Herrner aus Mainz, der Reichsminister Herrsch, Reichsminister Herrsch, beide aus Mainz, der Reichsminister Herrsch in Erntweiler (Kreis Speyer) und der Reichsminister Herrsch aus Koblenz. Die Familien müssen in vier Tagen das besetzte Gebiet verlassen. Der Direktor des „Mainzer Anzeigers“ und der verantwortliche Redakteur wurden wegen eines Artikels, der angeblich die Ruhr und Ordnung im besetzten Gebiet zu fördern geeignet war, 8 Tagen Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe bzw. zu 50 000 Mark Geldstrafe vom französischen Kaiser Polizeigericht verurteilt.

Ein Ring um die englische Zone.

Düsseldorf, 7. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Die im Laufe des gestrigen Tages erfolgte Besetzung der bergischen Dier Dier, Hildesheim, Bielefeld und Duerthel, die die französische Besatzung aufzunehmen, die gesamte englische Zone, den Brücken über den Rhein, nach Möglichkeit abzusperren. Die Franzosen bewegen mit dieser Maßnahme ein jedes Bewußtsein der deutschen Bevölkerung ihres Kontroll- und Polizeireichs die ihre Absichten zu verdeutlichen, es sei, daß die englische Zone in irrtümliche Willkürhaft ausgesagt zu werden braucht.

Heutiger Stand des Dollars 36508!!

Die Petroleumkonferenz.

Lausanne und Moskau.

Die Tagung von Lausanne war kein Friedenskongreß, sondern eine Petroleumkonferenz. Der Friede zwischen Griechenland und der Türkei ist nicht geschlossen worden. Er kommt vielleicht in zehn Tagen zustande, vielleicht in drei Wochen, vielleicht gar nicht. Der Punkt, um den sich im Grunde aller Streit bündelt, sind die Ängste, nämlich die Maßnahmen, wurde bei den Schlichterungen vollständig ausgeschlossen. Man vermied sie zur Entlastung an der Wahrheit, mögen sich aber die Tärten, genügt durch das, was man bisher in Genf erlebt, mit Händen und Füßen wehren, so daß es vorausichtlich zu einer Wiederholung an der Beteiligten, d. i. England und die Türkei, zur gelobten Erledigung kommt. Frankreich ist bei diesem Petroleumstreit ganz beträchtlich ins Hintertreffen geraten. Es hat sich dafür gerächt, indem es die ganze Lausanner Konferenz aufhellen ließ. Aber damit kommt es erst recht nicht zum Petroleum. England hat der französischen Diplomatie nach Abschluß des Weltkrieges den Vorzug auf das Willige Moskau mit seinen Petroleumschlägen im Austausch gegen gewisse Zugeständnisse hinsichtlich des letzten Mandates abverlangt. England hätte sich dabei auf die Tatsache, daß die im Jahre 1914 von der türkischen Regierung herausgegebenen Dekretationen zu drei Vierteln a. n. n. in englischen Händen, nämlich im Besitz der Royal Dutch (Shell) Company und der Anglo-Persian Oil Company, der Rest aber in Händen der Deutschen Bankgruppe waren. Frankreich mußte in Moskau in San Remo einer Vorladung antworten, die von seinem Petroleumminister Bergeron schon im Jahre 1919 nach englischen Angaben im wesentlichen eingehalten worden war.

Dannach sollte Frankreich 25 Prozent des mecopetrolischen Petroleum aus der Quelle ausbeuten, und 25 Prozent Beteiligung am Kapital, wenn sie (was dann geschah) die Ausbeute Privatgesellschaften überträgt. Aber jener Votz ist heute binnigig. Frankreich hat unterdessen seine Militärmacht bis zum Ruin ausgezehrt, es dehnt seine politische Hegemonie über Konstantinopel aus, es bricht immer weiter in Deutschland ein und liegt sich bei hinterher Valuta zu Tode. Was sind ihm noch die Petroleumlöcher von Moskau? Keine Träume! Es hat gar nicht mehr die wirtschaftliche Kraft, um sich an finanzielle Welttransaktionen heranzumachen. Das verlangt jetzt England, der militärisch zurückgeblieben, der politisch einschüchterte Verbündete, ganz allein. Und wer zuehlt fast, läßt am besten. Der industrielle Kapitalismus Englands geht von dem Gedanken aus, daß das nächste Kapitel der Weltgeschichte nicht von der Ruhr, sondern vom Erdöl beherrscht wird. Die Erfindung des Motors in allen seinen verschiedenen Typen, die Entwicklung des Autos, des Flugzeuges, der U-Boote, der Dampfer in Schiffen führt einer Umwälzung der industriellen Welt und damit der internationalen Politik herbei. Es gilt, die Kontrolle über die Oelquellen der Welt oder doch einen Anteil an ihnen zu sichern. Nordamerika verdonnert seinen beispiellosen Aufschwung der Motorindustrie und dem Automobilmuseum. England schießt die Kraft in sich, diese Entwicklung mitzumachen. Es frecht nach dem Besitz der asiatischen Petroleumquellen. Das gelamte Erdölgebiet an der türkisch-perischen Grenze hat eine Länge von 2000 Kilometern. Hieron liegen 1700 Kilometer auf perischem, 300 auf türkischem Gebiet. Die Qualität ist verhältnis und gleich der des Petroleum von Baku, dem Beherrschter Englands das türkische Petroleum, so ist ihm auch der Weg nach Persien frei. Die Petroleumgebiete Mesopotamiens liegen in den Vilajets Bagdad und Mossul. In Mossul, ganz in der Ruinen von Ninive, am Tigris, sind außerordentlich reiche Funde gemacht worden. An der Mesopotamischen Oelkompanie, die hier ihre Interessen hat, sind die Gebrüder Sudd, deren Dampfer fast Jahrzehnten den Tigris besahren, hervorgerufen beteiligt. Sie stellt eine Erweiterung der von der britischen Admiralität übernommenen Anglo-Persian Oil Company dar, deren gewollte Tarifanfragen in Arabien am Persischen Golf fast die ganze Hälfte des Arabiens und Stillen Ozeans mit Mossul aus dem Beiden von Südpolen treffen. Denn zu einem Teil wenigstens ist die Forderung Lord Alibers, der alle fohlenbedürftigen Schiffe verläßt, müssen sollte, schon verurteilt. Um die Sicherung und Erweiterung der Herrschaft über die türkisch-perischen Oelquellen handelt es sich also, und wenn nicht alle Zeichen trügen, wird England mit den Türken schneller ins reine kommen als Frankreich. Dieses ist ein Erdöl arm. Obwohl es Deutschland die beschriebenen Quellen von Mesopotamien im Blick angenommen hat und obwohl es auf Algerien und auf Marokko unerschöpfliche Bestände an Petroleum besitzen soll, wird es die nächsten zehn Jahre von England abhängig sein. Hierin liegt ein europäischer Machtgleichgewicht, gegen den Frankreich durch Sprengung der Lausanner Konferenz vergeblich anzukämpfen mußte.

Der Lausanner Konflikt.

Der erste Vorstoß Englands gegen Poincaré. Lausanne, 7. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Die Konferenz von Lausanne ist zu Ende. James Wolfe hat die Journalisten empfangen und ihnen mitgeteilt, daß er zunächst nach London abreist. Damit ist die Konferenz zunächst abgebrochen.

